

der dank der Unfähigkeit seiner Nachfolger von einer konträren russisch-französischen Allianz abgelöst wurde. Die sorgsam verdeckte Kooperation der Reichswehr mit der Roten Armee war – so widersinnig Versailles gewesen sein mag – ein zynischer Vertragsbruch. Der Schock des Stalin-Hitler-Paktes sitzt der Welt noch immer in den Knochen. Das Bündnis erfuhr mit der Existenz der DDR, in der man die Tradition von Tauroggen hochhielt, eine Art bescheidener Aufwertung: Anlass genug, das latente Misstrauen in der westlichen Welt immer wieder wach werden zu lassen. Es regte sich bei Konrad Adenauers Moskauer Reise im Jahre 1955; es rumorte bei Willy Brandts Ostpolitik, obschon er darauf pochte, der Ausgleich mit Osteuropa sei ganz in die Westpolitik Adenauers eingebunden; es lebte mit der Wiedervereinigung auf, zumal akademische Wirrköpfe in Berlin lauthals verkündeten, nun werde Deutschland wieder seine historische Mission in Osteuropa wahrnehmen können. Noch immer stoßen sich unsere Freunde

an der rätselhaften Formel Gerhard Schröders vom »lupenreinen Demokraten« Putin. Die Polen zuckten zusammen.

Der amerikanische Kolumnist John Vinocur, der weder Europa noch den Deutschen oder den Franzosen wohl will, schrieb in der *Herald Tribune*, Deutschland vollziehe den Übergang von einem Land, »das als Europas verantwortungsvollste und stets konsensbereite Führungsmacht« galt, zu einem Staat, der seine »wirtschaftliche Dominanz in der Europäischen Union« mit einer »Sonderbeziehung zu Russland« zu vereinen suche, während »seine Rolle in der Atlantischen Allianz zu schwanken« beginne.

Eine Überzeichnung. Aber am Ende zitiert der amerikanische Autor Helmut Schmidt, der uns ermahnt: »Sieh auf dich selbst mit den Augen deiner Nachbarn – das ist die wichtigste Lektion der Geschichte«. Angela Merkel wäre gut beraten, diese Worte in großen Lettern aufzuschreiben und gerahmt auf ihren Schreibtisch zu stellen.

Christiane Schlötzer

## Die griechische Schuldenkrise

*Up in the Air, die amerikanische Tragikkömodie über einen Mann, dessen Job es ist, anderen zu sagen, dass sie keinen Job mehr haben, gehört zu den Kinoerfolgen des Frühjahrs 2010. Griechenlands Regierungschef Giorgios Papandreou hat sich diesen Film jüngst angeschaut, in einem Kino in Athen, an einem Samstagabend. Papandreou verwirrt sein Volk, nicht wegen seiner Filmauswahl, sondern wegen seiner Alltäglichkeit. Der Ministerpräsident, der in ein gewöhnliches Kino geht, ohne Bodyguard-Armada, der in einem Mittelklassewagen in Athen im Stau steht.*

### Christiane Schlötzer

(\* 1954) ist seit 2006 stellvertretende Ressortleiterin Außenpolitik der *Süddeutschen Zeitung*, davor Korrespondentin der SZ für die Türkei, Griechenland und Zypern. Ihr Buch *Das Mädchen mit dem falschen Namen. Türkische Tabus*. ist im Picus-Verlag erschienen.  
christiane.schloetzer@sueddeutsche.de



Für Papandreou ist die neue Bescheidenheit Programm. Der 57-Jährige möchte, dass sein Beispiel Schule für das ganze Land macht. Die Griechen sollen verzichten, auf Frühpensionen und Gehaltszuschläge, sie sollen Abschied nehmen von einem aufgeblähten Staatsapparat und einer laxen Steuermoral. Dafür sollen sie auch etwas



bekommen, verspricht Papandreou: eine bessere Bürokratie, die nicht mehr nur dann funktioniert, wenn sie geschmiert wird; den Abbau von Staatsschulden, die auf dem Land lasten wie der Felsbrocken, den Sisyphos auf einen Berg wälzen musste. Das ist viel versprochen und viel verlangt. Die Gewerkschaften rebellieren, sie rufen ihre Mitglieder zu Streiks auf die Straßen.

### **Wohlstand auf Pump**

Aber die Gewerkschaften in Griechenland gehören auch zu den bislang Privilegierten, sie streiten stets für die eigene, klar begrenzte Klientel. Das mindert ihre Kampfkraft. So hat das demonstrationsgestählte Athen schon größere Aufmärsche gesehen als die jüngsten Proteste gegen das harte Sparprogramm der Regierung. Umfragen bestätigen zudem, die Mehrheit der Griechen weiß, dass das ganze Land sparen muss, dass Griechenland zu viel Geld ausgegeben hat – Geld, das es nie besaß. Viele Griechen kennen dies aus eigener Erfahrung: Die Banken waren immer sehr

großzügig in ihrem Land. Da bekam man Kredite für die nächste Ferienreise, für ein neues Auto, für die Wohnung sowieso. Der Staat machte es nicht viel anders, ja er machte es vor. Dies galt genauso für die schlechte Zahlungsmoral: Auch staatliche Gehälter werden keineswegs immer pünktlich bezahlt, und Privatbetriebe verhalten sich nicht anders. Quittungen für Handwerkerleistungen haben Seltenheitswert.

Griechenland, einst das Armenhaus Europas, hat in den vergangenen Jahrzehnten eine gewaltige wirtschaftliche Aufholjagd erlebt, mit Wachstumsraten, die oft über dem europäischen Durchschnitt lagen. Begleitet wurde dies von einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel, der die Dörfer entvölkerte und vor allem in der Metropole Athen die Immobilienpreise explodieren ließ. Die Profiteure dieser Umwälzung haben ihren neuen Reichtum nicht versteckt. Sie haben Arzt- und Rechtsanwaltspraxen mit goldenen Türschildern und Wohnungen in besten Lagen. Sie fahren luxuriöse Autos, und zwar meist zwei, seit in Athen die Zufahrt zum Zentrum an unterschiedlichen Tagen nach geraden oder ungera-

den Ziffern auf den Autokennzeichen geregelt wird. Von einer »Kultur der Armut« und Sparsamkeit, an die sich noch die Alten erinnern können, hat sich das Land lange schon verabschiedet. Statt Solidarität herrscht heute unbeschränkter Individualismus.

### **Verlierer sind die jungen Leute**

Nicht alle können da mithalten. Zu den Verlierern der neugriechischen Wohlstandsverteilung gehören vor allem junge Leute, für die der aberwitzig aufgeblähte öffentliche Dienst zuletzt dann doch keinen Platz mehr fand. Die Universitäten orientieren sich immer noch viel zu wenig an den Bedürfnissen der heutigen Berufswelt, und die Privatwirtschaft beschäftigt lieber günstige Praktikanten als richtige Jobs zu bieten. Die griechische Jugend hat in jüngster Zeit immer wieder rebelliert. Die Klagen reichten dabei weit über den Mangel an beruflichen Arbeits- und Aufstiegschancen hinaus. In Internetforen warfen Schüler ihren Eltern vor, über all dem »Materialismus« ihre Kinder zu vernachlässigen. Denn viele Griechen aus der aufstrebenden und nun wieder abstiegsbedrohten Mittelschicht haben heute nicht nur einen, sondern zwei Jobs, um über die Runden zu kommen oder ihre Konsumwünsche zu erfüllen. Auch zum Job im Staat kommt so häufig noch ein zweiter in der Privatwirtschaft dazu.

Mit der Einführung des Euro hat sich die Situation für viele Griechen eher verschärft. Die Preise vor allem im Großraum Athen haben inzwischen das Niveau anderer Euro-Länder erreicht, aber die Durchschnittseinkommen sind deutlich geringer. Auch dies hat die Bereitschaft, ein Leben auf Pump zu finanzieren, gefördert.

Als die *Pasok*-Partei, die ihrem Namen nach eine sozialistische ist, aber doch eher sozialdemokratisch genannt werden sollte, im Oktober 2009 die Wahlen gewann, machte sie einen Kassensturz und stellte

fest, dass die meisten Schubladen leer waren. Und dies buchstäblich. Die Vorgänger hatten zuletzt gar viele Büros bis auf den letzten Bleistift leerräumt, so zumindest berichteten es die Neuankömmlinge in der Regierung.

Nun hat die *Pasok* in Griechenland vor den zuletzt amtierenden Konservativen auch bereits lange genug regiert, um zu wissen, wie das griechische System funktioniert hat, und auch wie man Statistiken zurechtbiegt. Aber die Löcher im Staatshaushalt und die unbezahlten Rechnungen – beispielsweise der staatlichen Krankenhäuser – hatten eine Dimension erreicht, die einen Hilfeschrei erforderte. So meldete die Regierung Papandreou im vergangenen Jahr nach Brüssel, dass ihr Defizit 2009 auf die Rekordmarke von fast 13 % des Bruttoinlandsprodukts angewachsen sei. Internationale Ratingagenturen zogen daraus ihre Schlüsse und stuften die Kreditwürdigkeit des Landes schmerzhaft deutlich herab. Die griechische Krise war nicht mehr zu übersehen.

Es ist eine Krise, die sich lange abgezeichnet hat, die aber fast ebenso lange auch in Brüssel kaum jemand wahrhaben wollte, denn sie macht eine grundsätzliche Schwäche des Euro-Verbundes offenbar. Der Euro bindet Staaten mit deutlich unterschiedlicher Wirtschaftskraft zusammen, aber in der Euro-Zone gibt es keinen wirklichen Zwang zu einer Angleichung der Wirtschaftspolitik. So können sich die Euro-Länder munter gegenseitig Konkurrenz machen. Währungskommissar Olli Rehn sieht die EU mit der griechischen Schuldenkrise nun an einem »entscheidenden Wendepunkt«. Die Währungsunion, so sagte Rehn Mitte März, sei nicht nur ein monetäres System, »sondern das entscheidende politische Projekt der Europäischen Union«.

Die griechische Schuldenkrise ist eine Herausforderung für die EU, das machten nicht zuletzt auch die Währungsspekulanten deutlich, die sofort versuchten, aus der Belastung für die Gemeinschaftswährung

Kapital zu schlagen. Von einigen griechischen Medien und Politikern vor allem links von der *Pasok* (KKE/Kommunistische Partei und SYRIZA) wurde die Debatte über die Macht der Spekulanten geradezu dankbar aufgegriffen. Sie erklären seither wieder das »internationale Großkapital« zum eigentlichen Sündenbock, so als gäbe es keine hausgemachten Ursachen der Krise. Das »Ausland« für Missstände im eigenen Land verantwortlich zu machen, ist eine (nicht nur aus Griechenland) bekannte Argumentationsfigur. Für den Politikwissenschaftler Heinz-Jürgen Axt »passen in dieses Bild auch die deutsch-griechischen Verstimmungen«, die sich an den polemischen Darstellungen einiger deutscher Medien entzündet haben. Aber Emotion und Polemik helfen weder bei der

Lösung der gegenwärtigen griechischen Krise weiter, noch erleichtern sie die Reformen, die in der EU nötig sein werden, wenn künftig Krisen wie die griechische durch rechtzeitige Warnschranken vermieden werden sollen.

In Griechenland ist nun viel von einem nötigen Mentalitätswandel die Rede – auch dies ein hohes Ziel. Ein solcher Wandel zielt auf die Verantwortung des Einzelnen, insofern ist Papandreou mit seinem persönlichen Vorbild wohl auf dem richtigen Weg. Zur Glaubwürdigkeit eines Neubeginns aber würde auch gehören, die Schuldigen für das über Jahre hinweg angerichtete Finanzdesaster klar zu benennen und zur Verantwortung zu ziehen. Auch das erwarten viele Griechen nun von ihrer Regierung.

*Nicole Renvert*

## Zivilmacht mit angezogener Handbremse

*Als 2009 die neue US-Administration unter Barack Obama im langen Reigen der Afghanistan-Konferenzen eine neue Afghanistan-Strategie vorschlug, gab es dafür breite internationale Unterstützung. Denn in einem ist sich die internationale Gemeinschaft einig: Afghanistan darf nicht zu einer Niederlage werden.*

Hillary Clintons Forderung nach mehr Engagement in Afghanistan traf ebenso auf offene Ohren wie das Angebot, die beteiligten Länder könnten verschiedene Beiträge leisten, sich also stärker am zivilen oder eben am militärischen Aufbau beteiligen. Mehr als eine Möglichkeit für die internationalen Partner, also auch für Deutschland, sich in Afghanistan einzubringen.

Die Herausforderung für die deutsche Politik greift hier sehr viel weiter als der Afghanistan-Einsatz selbst: Bisher gibt es keine eindeutige Antwort auf die Frage, welche Rolle Deutschland bei internationalen Einsätzen einnehmen will und kann. Der tragische Zwischenfall in Kundus im



**Nicole Renvert**

(\* 1968) studierte Geschichte, Internationale Beziehungen und Politische Wissenschaften, ist seit 2008 Doktorandin an der NRW School of Governance. Persönliche Referentin von Volker Perthes, Direktor der SWP Berlin.

[nicole.renvert@swp-berlin.org](mailto:nicole.renvert@swp-berlin.org)

Herbst 2009 und die kritischen Diskussionen über die deutsche Rolle in dieser Krisenregion verstellen mitunter den Blick auf ein anderes dringliches Problem, nämlich die strukturellen Defizite in der internationalen Personalpolitik. Dies hat zur Folge, dass bestimmte Versprechen gegenüber den internationalen Partnern, wie